

m/d  
12

## ARBEITSGRUPPE

"HISTORISCHE STANDORTSBESTIMMUNG"VERTRAULICHP r o t o k o l lder Sitzung vom 30. November 1963Thema: "Die Schweiz und die Probleme der westlichen Welt"

Anwesende Mitglieder: Herren Minister Dr. A. Weitnauer (Vorsitz)  
 Prof. E. Böhler  
 Prof. J. Freymond  
 Prof. W. Hofer  
 a. Bundesrat Dr. G. Lepori  
 Prof. H. Lüthy  
 Botschafter P. Rügger  
 Prof. J.R. von Salis  
 Minister P. von Salis  
 Nationalrat Prof. M. Weber  
 Nationalrat Dr. K. Wick

Entschuldigte Mitglieder: Herren Prof. E. Bonjour  
 Nationalrat P. Dürrenmatt  
 Nationalrat Prof. O. Reverdin  
 Oberstkorpskdt. Dr. E. Uhlmann

Andere Teilnehmer: Herren Botschafter Dr. P. Würth  
 Minister Dr. J. Burckhardt  
 Minister Dr. A. Lindt  
 Minister Dr. P. Jolles  
 Dr. R. Probst  
 Dr. R. Pestalozzi  
 Dr. K. Jacobi  
 Fürsprech M. Lusser  
 Dr. V. Frank,  
 C. Caratsch.

- 2 -

Minister Weitnauer gratuliert Herrn Prof. Böhler im Namen der Arbeitsgruppe zu seinem 70. Geburtstag.

Das Referat des Vorsitzenden (Beilage) soll als Diskussionsgrundlage verstanden werden.

Prof. Weber: Das Problem "Die Schweiz in der westlichen Welt" hat für ihn aus dem Gesichtspunkt der Debatte im Europarat in Strassburg höchste praktische Aktualität. Als die Schweiz am 6. Mai 1963 Vollmitglied des "Conseil de l'Europe" wurde, begrüßten dies die übrigen Länder Europas. Der Europarat hat eine Aufwertung erfahren, weniger durch den Beitritt der Schweiz an sich, als dadurch, dass sich hier die Sechs und die Sieben treffen können. Der Beitritt der Schweiz wurde als Symbol für das gesicherte Fortbestehen des Europarates nach der Krise der Verhandlungen in Brüssel gewertet.

Der Europarat ist der Ort, wo wir aus nächster Nähe das "Klima" Europas erspüren können. Es lässt sich feststellen, dass sich die Balance EWG/EFTA verschoben hat. Die EFTA wurde aufgewertet. Die EWG hat an Bedeutung verloren. Dies geht sogar aus den Voten ihrer Vertreter hervor. Herr Vos sprach in seinem letzten Bericht "d'une crise, que menace l'existence de la CEE...".

Und Herr Patijn führte aus: "L'adhésion de la Grande Bretagne est devenue le critère de l'application du Traité de Rome".

Während früher von der EFTA am liebsten überhaupt nicht gesprochen wurde, so widmet ihr heute Herr Vos in seinem Bericht ein besonderes Kapitel. Stand bisher die Aufrechterhaltung der Handelsbeziehungen EWG/USA im Vordergrund, so wird jetzt auch das Problem der Handelsbeziehungen EWG/EFTA gesehen. Es wurde angeregt, zwischen EWG und EFTA diplomatische Vertreter auszutauschen. Der Sprechende hat deshalb im Konsultativkomitee der EFTA die Frage gestellt, warum die EFTA ihrerseits in ihrem Jahresbericht nicht über ihre Beziehungen zur EWG berichtet.

Als ein Beispiel, wie der Einfluss der Schweiz im Europarat ausgeübt werden könne, sei die September-Resolution der politischen Kommission angeführt. Diese Resolution befasste sich mit Fragen der Landesverteidigung und der Atombewaffnung und hatte eindeutig eine gegen die französische Politik gerichtete Spitze. Die Schweiz und

- 3 -

die Neutralen setzten sich dafür ein, dass eine neue Formulierung gesucht werde. Dies geschah dann auch.

In diesem Zusammenhang tauchte die Frage auf, inwieweit im Europarat militärische Probleme behandelt werden können. Struye erklärte in den damaligen Beratungen, dass man die Ansichten der Neutralen voll berücksichtigen wolle. Dies ist ein eindeutiger Fortschritt gegenüber der bisherigen Stellungnahme der Vertreter der EWG-Länder. Die Neutralen sind in dieser Debatte geschlossen aufgetreten. Die schweizerischen Parlamentarier vertreten in Fragen der Neutralitätspolitik durchgehend und ohne Abweichung die Regierungspolitik. In gleicher Richtung gehen die Voten der schwedischen Vertreter, wobei allerdings die Auffassungen der nicht der Regierungspartei angehörenden Parlamentarier etwas lockerer sind.

Die Offerte der Atlantischen Partnerschaft, die Kennedy am 27. Oktober 1963 in der Paulskirche wiederholte, sieht Rusk bekanntlich auf drei Ebenen, der wirtschaftlichen, der politischen und der militärischen. Eine Partnerschaft im militärischen Bereich kommt für uns nicht in Betracht. Im wirtschaftlichen können wir grundsätzlich mitmachen. Rusk sieht diese wirtschaftliche Partnerschaft mit den drei grossen Institutionen (EWG, Montanunion und Euratom). Die Partnerschaft soll auf einer liberalen Handelspolitik beruhen. Ein geeintes, starkes Europa ist Voraussetzung für die Realisierung dieser Konzeption der Partnerschaft, wobei die Frage offen bleibt, wer für Europa spricht. Frankreichs Stellungnahme hat diese Konzeption verbarrikadiert. Dies gibt der Schweiz Gelegenheit, eine eigene Konzeption für sich oder, wenn möglich, für die Neutralen zu begründen.

Die Konzeption der wirtschaftlichen Zusammenarbeit müsste darauf beruhen, dass die EFTA als gleichberechtigt anerkannt wird, auch wenn sie sachlich nicht das gleiche Gewicht hat wie die EWG. Die Gleichberechtigung sollte vor allem in den GATT-Verhandlungen zum Ausdruck gebracht werden. Die EFTA kann den amerikanischen Standpunkt unterstützen.

Im politischen Bereich kann die Schweiz an einer atlantischen Konzeption nicht mitarbeiten. Hier ist die Existenzberechtigung

- 4 -

einer neutralen Gruppe von den Partnern der Atlantischen Allianz anzuerkennen. Selbst wenn es gelingt, die "one pillar"-Konzeption für Europa in die Realität umzusetzen, so darf das Bestehen einer neutralen Gruppe nicht als ein Einbruch betrachtet werden.

Praktisch ergibt sich in der Arbeit des Europarats manche Schwierigkeit. Fast alle Berichterstatter sind Vertreter von EWG-Ländern, die vorwiegend den EWG-Standpunkt zum Ausdruck bringen. Trotzdem kann die Schweiz einen gewissen Einfluss üben, insbesondere auch bei Vertretern der andern neutralen Staaten. Auch auf Ministerebene sollte dies bei der Vorbereitung der Geschäfte möglich sein.

Es stellen sich für uns die folgenden Fragen: Welche Bindungen sind für die Schweiz in Europa möglich? Es hat keinen Sinn, dem an sich richtigen Rahmen der OEEC nachzutruern. Wir brauchen eine neue Konzeption. Es fragt sich, ob man eine europäische Sektion der OECD schaffen sollte, da die OECD auf den wirtschaftlichen Bereich beschränkt bleibt. Der Nachteil des Europarats ist es, dass er seine Thematik zu weit spannt. Solange sich die Schweiz nur durch parlamentarische Sprecher vertreten lässt, ist dies weniger bedeutungsvoll, als wenn Regierungsmitglieder im Ministerrat bindende Erklärungen abgeben müssen.

Minister Weitnauer: Zwei getrennte Fragenkomplexe stellen sich:

1. Wie und in welchen Formen kann die Zusammenarbeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten sich entwickeln? Diese Frage steht ganz in der Sicht der historischen Erfahrung.
2. Die schweizerische Haltung zur atlantischen Zusammenarbeit. Wie weit kann die Schweiz öffentlich zu dieser Frage Stellung nehmen?

Prof. v. Salis: Es geht um das Verhältnis zwischen atlantischer und kontinentaler Konzeption. Schon früher kannten wir in Europa die kontinentalen Staaten und die "puissances maritimes", die eine unterschiedliche Interessenlage hatten. Die heutige Teilung Europas kann in gewissem Sinn als eine Wiederholung dieser Gruppierungen gelten. Die USA sind in die Fusstapfen Grossbritanniens getreten, "les Anglo-Saxons", wie de Gaulle sagt, d.h. die USA und ihre britischen Alliierten. Die maritimen Interessen Grossbritanniens sind

derart stark, dass Grossbritannien kaum der EWG beitreten wird, insbesondere nicht unter einem Labour-Regime. Es geht nicht um ideologische Fragen, sondern um die realen Interessen der Staaten. Diese sind stärker und dauerhafter.

Zur Zeit des Wiener Kongresses war Grossbritannien der Exponent der maritimen Interessen. Die "Heilige Allianz" war das damalige Kontinental-Europa, dem die liberaleren Seemächte gegenüberstanden. Die heutige "Heilige Allianz", die der Kontinental-Konzeption huldigt, ist der slawische Block der kommunistischen Staaten. Deutschland ist zwischen dem kontinentalen und dem mitteleuropäischen Block zerrissen. Die am Rhein gelegenen, mit den Niederlanden verbundenen Gegenden Deutschlands, sowie die Hansestädte, hatten stets maritime Interessen und sind auch heute offener gegenüber dem angelsächsischen Block. Konnte seinerzeit noch gesagt werden, dass die USA ein kleines Beiboot zum britischen Kreuzer seien, so ist es heute umgekehrt.

Stellen wir uns die Frage, wo die Schweiz heute hingehört, so ist bei der Beantwortung weniger in Kategorien West-Ost zu denken. Die Schweiz hat traditionell wenig Bindungen mit dem Donau- und dem Weichselraum, die in schweizerischer Sicht als kontinental, osteuropäisch gelten. Die Schweiz hat andererseits kein atlantisches Ufer. Wir sind nicht Fische, die im Atlantik schwimmen. Wenn immer Kriege oder Konflikte den Kontinent heimsuchten, befand sich die Schweiz in der Mausefalle. Beispiel: Die Kontinentalsperre Napoleons. Das gleiche galt zur Zeit Hitlers. Unser Widerstand war weniger grossartig, als es die Legende heute wahrhaben will. Wir mussten zu essen haben, wir benötigten Kohlen und industrielle Rohstoffe. Handelspolitisch waren wir von Hitler gefangen.

Für die Zukunft ergibt sich, dass wenn irgendwann einmal in Europa wieder kontinentale Konzeptionen die Oberhand gewinnen sollten, wir nicht an atlantische Auffassungen gebunden sein können, und dies aus rein geographischen Gründen - trotz der Existenz von Flugzeugen. Solange ein Kontinentalsystem sich aber nicht realisiert, liegen uns die maritimen Interessen näher.

Der Entscheid, wann in Europa eine kontinentale Konzeption

durchdringt, wird von der deutschen Politik abhängen. Erhard aber dürfte die Adenauersche Politik der Freundschaft mit Amerika beibehalten. Sollten in einem späteren Zeitpunkt kontinentale Bestrebungen zum Durchbruch kommen, die einen deutsch-slavischen Block brächten, so wird Frankreich in eine Scharnierposition geraten. Frankreich hat von Natur aus kontinentale und maritime Interessen. Es ist aber doch stark kontinental und weniger seefahrend als z.B. Holland.

Für die Schweiz empfiehlt sich - es mag eine Banalität sein, dies zu wiederholen - eine reservierte Haltung. Apparate wie der Europarat tauchen immer wieder auf und verschwinden, wie der Völkerbund. Wir sehen kein Europa "speaking with one voice". Die Mitgliedschaft im Europarat ist nicht sehr verpflichtend. Wir können dort eine gewisse Wegstrecke mitmachen. Die Beziehungen zwischen EFTA und EWG sollten verbessert werden. Die EFTA erfreut sich einer begrüssenswerten Aufwertung. Die Hypothese eines Beitritts Grossbritanniens zur EWG darf als nicht realisierbar ausgeschaltet werden. Die EFTA bildet für uns einen gewissen Rückhalt zur Wahrung unserer Beziehungen zu den Seemächten.

Minister Weitnauer: Aus historischer Sicht kann also wohl zusammenfassend gesagt werden, dass sich immer wieder eine neue Gleichgewichtslage zwischen maritimen und kontinentalen Aspirationen ergeben hat.

Prof. Hofer: Bis heute fehlt eine Interpretation von de Gaulles "Europa bis zum Ural". Die maritime Konzeption hat ebenso wie die kontinentale ihre Geschichte. Das kontinentale System ist zusammengebrochen. Der östliche Teil will etwas völlig Neues sein. Er beansprucht, ein neues Weltsystem zu schaffen. Eine kontinentale Konzeption wäre deshalb illusorisch. Die atlantische Konzeption hat ebenfalls ihre Traditionen, wenn auch nicht eine gemeinsame politische Geschichte, so doch einen gemeinsamen historischen Hintergrund.

Die atlantische Revolution des 18. Jahrhunderts (in Grossbritannien liegt der Ausgangspunkt bereits im 17. Jahrhundert) griff auf Frankreich und die USA über und schuf eine geistige Ideeneinheit. Der Tod Kennedys und die Teilung Europas haben in ihrer Art diese

- 7 -

Tatsache wieder aktuell werden lassen. Zusammenfassend darf gesagt werden, dass die atlantische Konzeption in keinem geringeren Mass als die kontinentale auf eine historische Grundlage zurückgeführt werden kann.

M. Lepori: La partie finale de l'exposé du Ministre Weitnauer éclaircit l'objet de la discussion de ce jour. Si l'on veut définir la position de la Suisse dans le monde actuel, il ne faut pas perdre de vue l'ensemble de nos rapports, de nos états d'âme et de nos intentions envers le monde occidental, qui dépassent les rapports simplement politiques.

Bien que la difficulté des prévisions historiques n'est pas à prouver, la question se pose de savoir si le développement des institutions peut continuer dans la diversité ou si le mouvement d'unification soutenu et accéléré par la marche triomphante de la technique et des sciences n'aboutira pas à imposer une concentration politique plus ou moins accentuée à l'Europe et au monde.

Nous voyons s'amorcer des phénomènes qui amèneront un bouleversement des conceptions traditionnelles. La souveraineté a totalement perdu son caractère du siècle passé, le droit international ne permet pas d'interpréter l'existence de structures supranationales qui empiètent sur le domaine de la souveraineté des Etats et la science juridique s'efforce, jusqu'à présent, sans succès, à créer les justifications doctrinales des faits. Le concept de neutralité a lui-même changé de caractère. A l'origine une contre-partie au droit de la guerre, elle perd au fur et à mesure cette fonction dans l'enchevêtrement croissant des organisations internationales. Si la sécurité internationale pouvait être assurée, la neutralité perdrait totalement de son intérêt. On est encore bien éloigné de cet idéal, mais il importe de ne pas ériger un "mythe"<sup>de</sup>/la neutralité. Quant aux contacts avec l'Est, la situation a énormément évolué. Le conflit entre la Chine et l'URSS place la question dans une perspective nouvelle. L'Allemagne, très occidentale, établit des missions commerciales dans les pays de l'Est en dépit de la doctrine Hallstein. Le président de la Commission du Marché commun rêverait, lui-même, d'un pont entre la Communauté et les pays de

l'Est. Qu'en est-il alors de l'intégration européenne? La méfiance règne encore, c'est un fait, mais en Suisse les idées sur ses relations internationales connaissent actuellement une lente évolution. On peut même supposer que les générations qui nous suivront verront l'intégration européenne réalisée.

Les discussions pour savoir si nous appartenons au monde atlantique ou continental apparaissent aujourd'hui purement théoriques et ne tiennent pas compte de l'avenir. Les Etats-Unis prennent la direction du monde et, comme viennent de le prouver encore les réactions à la mort du Président Kennedy, le monde attend tout des Etats-Unis. Spirituellement, nous sommes en effet très proches des Etats-Unis: c'est dans le monde atlantique qu'a pris naissance la Déclaration des droits de l'homme, apanage spirituel du monde occidental. A la suite de la seconde guerre mondiale, c'est l'Amérique qui a relevé les ruines de l'Europe et sauvé notre continent de l'emprise communiste. Il y a donc à l'Ouest une communauté à laquelle nous appartenons. Mais nous avons en même temps des liens continentaux très forts qui prennent naissance dans le grand ensemble culturel européen. En fait, nous sommes simultanément atlantiques et continentaux et ce serait une erreur de formuler une opposition entre le monde continental et le monde atlantique. Notre politique et nos choix doivent se laisser guider par cette constatation. Sur le plan pragmatique la Suisse n'a jamais perdu à attendre: à l'époque de Napoléon, de la Sainte-Alliance, du nazisme et du fascisme, notre attitude n'a peut-être pas été toujours glorieuse, mais elle a été efficace. Il serait dans la logique de nos idées politiques de devenir membre de l'ONU. Si nous ne voulons pas nous engager politiquement, cela ne devrait pas nous inciter à refuser de prendre des responsabilités. L'attentisme défini n'exclut pas la part active que nous prenons aux travaux du GATT dans le sens de nos intérêts immédiats qui nous rapprochent des thèses américaines. Mais il est essentiel de ne jamais couper les ponts, de manifester notre solidarité dans toutes les directions possibles. La Suisse doit apprendre à penser à l'échelle mondiale.



M. Freymond: Nous constatons deux tendances contradictoires en ce qui concerne les relations internationales dans notre monde bi-polaire: D'une part une tendance au resserrement du dialogue entre les deux puissances qui s'explique par le développement de l'arme nucléaire: ce n'est plus la conscience universelle qui empêche la guerre, mais bien la force de dissuasion. Les possibilités de destruction sont telles que les deux principaux interlocuteurs deviennent de plus en plus prudents, se gardant de paraître timides ou de vouloir intimider. De ce fait, bien que les risques d'un conflit occidental subsiste, la rivalité a été transférée du plan militaire à celui de la pression diplomatique et de l'action indirecte. Mais, malgré ce renforcement du dialogue, le conflit subsiste. Parallèlement, on observe à l'intérieur des deux groupements un renforcement des tendances centrifuges. Le nationalisme n'a pas abdiqué. D'où une tendance à la dissociation des deux groupes d'alliance, freinée par la persistance du conflit général idéologique.

La situation va donc rester fluide, incertaine. A l'Ouest, l'échec du partnership atlantique reflète la crise du monde atlantique. Elle conduit certains Américains à une nouvelle appréciation du problème européen par la constatation de l'importance des questions économiques.

Les tendances protectionnistes du Marché commun avaient été admises précédemment comme la note à payer pour l'unité de l'Europe. Or, cette unité ne se fait pas. D'où, pour la première fois, quelques signes d'intérêt pour la formule de l'AELE.

Cela nous offre une chance qu'il faudrait saisir. Nous ne devons pas apparaître comme anti-européens, mais comme partisans d'une Europe bâtie sur la reconnaissance des diversités. Une telle attitude pourra s'exprimer dans le cadre de l'AELE, du Conseil de l'Europe, de l'OCDE et partout où nous rencontrons les Américains.

En tant que neutres, nous devons également faire comprendre à nos partenaires que notre interprétation du désengagement constitue une formule qui peut avantager tout l'Occident. Au moment où les deux parties prennent conscience du relâchement des allian-

- 10 -

ces, des possibilités d'échanges économiques ou d'échanges d'idées se manifestent. Nous devons souligner l'importance qu'il y a à ne pas fermer les frontières vers l'Est.

Nous avons un atout essentiel: notre méthode fédéraliste fonctionnelle, plus souple que la méthode institutionaliste des partisans du Marché Commun et qui permet aussi de maintenir ou de rétablir des contacts entre les diverses parties du monde qu'une politique régionaliste a tendance à isoler. La création d'un "groupe européen" à l'OCDE serait donc une erreur car l'OCDE est précisément le cadre où nous pouvons concilier notre vocation européenne et notre vocation universaliste. Il y a moins de risque pour nous à une discussion "atlantique", mais bien plutôt des avantages car l'élargissement même du cadre géographique, en donnant au problème européen une dimension atlantique, nous permet d'échapper au choix impossible auquel l'intransigeance des Six peut nous acculer entre l'Europe et le reste du monde.

Prof. Böhler: Eine aktive Haltung der Schweiz ist in unserem eigenen Interesse notwendig. Wir stehen in einer grossen Gefahr. Meinungen wie jene Prof. Hubers, wonach die nationalen Souveränitäten sich zwangsläufig abnützen und verringern, zeigen, wie Juristen zu Soziologen werden. Die Aufgabe der Neutralen ist es, das kulturelle gegenüber dem zivilisatorischen Interesse zu verteidigen. Die letzten Kriege und die Ereignisse seither haben gezeigt, dass sich bisher die Nationen als die einzig tragfähigen Instanzen erwiesen haben. Kennedys "grand design" und die EWG gingen beide am Gegensatz zwischen Ideologie und Instinkt zugrunde. Die politische Realität wurde vernachlässigt. Es wird keinen Einheitsstaat geben. Er wird am Instinktiven zusammenfallen. Der Weltstaat frisst sich von innen her auf.

Die Schweiz hat eine nationale Aufgabe. Wir haben uns zur Wehr zu setzen gegen Auffassungen, wie jene Monnets, die nichts anderes als eine Neuauflage der marxistischen Geschichtsauffassung sind. Ein Sich-Einlassen auf diese rein wirtschaftliche Betrachtungsweise wäre das Ende der Schweiz.

Minister Weitnauer versucht zu Beginn der Nachmittagssitzung eine vorläufige Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse. Wir können an-

knüpfen an die Scheidung in maritime und kontinentale Interessen: Die Seemächte der westlichen Welt und die kontinentalen Mächte der heutigen "Unheiligen Allianz". Frankreich war stets auf der Kippe, so auch heute. Die Schweiz schliesslich wird niemals bestreiten wollen, zur westlichen Welt zu gehören; aber sie gehört auf ihre eigene Weise dazu.

Es stellt sich die Frage nach der Organisation des europäischen Teils der westlichen Welt:

- a) Soll eine europäische Sondergruppe konstituiert werden, oder
- b) soll eine offene Form beibehalten werden, die der Entwicklung freien Lauf lässt?

Sowohl die EWG als auch de Gaulle wollten, jeder nach seiner Konzeption, die europäische Sondergruppe organisieren. Beide sind festgefahren. Welche Formel hat nun am meisten Aussicht, sich durchzusetzen, und wie wäre die Stellung der Schweiz?

Im praktischen Bereich ist die Kennedy-Runde die eklatanteste Verwirklichung der atlantischen Partnerschaft. Dazu seien folgende technische Daten gegeben: Die Vorbereitung der Kennedy-Runde begann im Februar 1963. Im Mai fand eine Ministerkonferenz statt. Seither wurden die Vorbereitungen fortgesetzt; heute sind wir am Ende der ersten Phase. Als aktive Partner nehmen die USA, Kanada, Grossbritannien, die Schweiz, Schweden, in beschränktem Mass Oesterreich, sowie als naturgemäss dazugehörendes Land Japan teil, ferner die EWG, die als ein Land auftritt - also nur eine ganz kleine Gruppe von Ländern. Das bisherige Resultat ist, dass die EWG, als der kontinentalen Konzeption anhängend, eindeutig isoliert dasteht. Dieses Ergebnis erklärt sich vor allem daraus, dass Frankreich das die EWG-Politik bestimmende Element ist. Der amerikanischen Position haben sich, ausgenommen Japan, alle eben genannten Länder, jedes aus seinen eigenen Gründen, angeschlossen.

Der Kennedy-Runde sind drei Aufgaben gestellt:

1. Den unterentwickelten Ländern den Absatz ihrer Produkte zu erleichtern (durch Abbau von Zöllen und Kontingenten, ohne dass die Industrieländer von den Entwicklungsländern Rezi-

- 12 -

proxität erwarten). Für diese Aufgabe wird eventuell die OECD die Haltung der Industriestaaten koordinieren können.

2. Die Zölle unter den Industrieländern abzubauen.
3. Für die Landwirtschaft weltweite Lösungen zu erreichen.

Die EWG hat sich eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, deren Ausdruck gegen aussen die Zollunion ist, und insbesondere auch eine gemeinsame Landwirtschaftspolitik zum Ziel gesetzt. Die Landwirtschaftspolitik ist ihrer Natur nach besonders restriktiv. Es gilt das Primat der Verwertung der Eigenproduktion. Auch die gemeinsame Zollpolitik wird von der französischen Konzeption beherrscht, die stets wenig grosszügig war. Dies hat sich sehr deutlich auch in den bisherigen Vorbereitungen zur Kennedy-Runde gezeigt.

Der "Trade Expansion Act" enthält die amerikanische Konzeption einer Halbierung des Schutzes auf Industrie- und Landwirtschaftsgütern. Die Replik der EWG lautet für die Landwirtschaft: Vergleichen wir das Schutzniveau! Dies genügt aber den Grossproduzenten in Uebersee (USA, Kanada, Australien, Neuseeland) keineswegs: Sie wollen eine Garantie des Zugangs zum Markt der EWG. Daraus hat sich zurzeit ein absoluter "Deadlock" ergeben. In den Verhandlungen über Industrieprodukte hält die EWG die Arbeitshypothese aufrecht: Der USA-Tarif hat sehr niedrige und sehr hohe Belastungen. Der EWG-Tarif ist demgegenüber ein homogener Tarif mit einer durchschnittlichen Zollbelastung von 15%. Es bestehen somit wesentliche Zolldisparitäten. Es wäre unhaltbar, wenn nach Abschluss der Kennedy-Runde die USA auf 800 Positionen noch einen Zollschutz von 30% oder mehr aufwiesen, während die EWG nur noch sehr niedrige Restzölle hätte. Deshalb muss eine Harmonisierung der Zölle angestrebt werden, und zwar durch eine besondere "Disparitätenregelung".

Diese These hat keine Anhänger gefunden, weil die Vereinigten Staaten unter den Positionen mit hohen Zöllen kaum exportieren. Würde die EWG-These angenommen und brauchten die Zölle auf den betreffenden Positionen von der EWG nicht um 50% herab-

- 13 -

gesetzt zu werden, so wären nicht die Amerikaner, sondern die europäischen Staaten - die Lieferanten der EWG für diese Produkte - die Leidtragenden. Die Chance, die sich aus der Kennedy-Runde für den europäischen Handel ergibt, würde durch die Befolgung der Disparitätenthese der EWG ungenützt verpasst. Deshalb bestehen die europäischen Aussenseiter der EWG auf dem 50%-igen Zollabbau mit möglichst wenigen Ausnahmen.

An der Ministerkonferenz des GATT vom Mai 1963 hat Bundesrat Schaffner, der das Präsidium innehatte, eine vermittelnde Haltung zwischen EWG und USA eingenommen. Er hat diese Konferenz recht eigentlich gerettet. Die konkreten schweizerischen Interessen liegen aber mehr in der Unterstützung der amerikanischen Thesen. Bei den von uns nach USA exportierten Waren handelt es sich um solche höchster Qualität, die einer durchschnittlichen amerikanischen Zollbelastung von 30% ausgesetzt sind. Die durchschnittliche Zollbelastung der nach den USA eingeführten Waren aller Provenienzen, soweit sie Zoll zahlen, beträgt demgegenüber 11%. Unsere traditionellen Exportprodukte wären in ihrer grossen Mehrzahl Kandidaten für die von der EWG angestrebte Sonderbehandlung. Es sind dies die gleichen Waren, die wir auch in die EWG exportieren. Die europäischen liberalen Staaten bilden also mit den weitgehend noch protektionistischen USA einen Interessenverband. Vor diesem Hintergrund beurteilt, erscheinen die im Europarat vorbereiteten Papiere, die der "Zwei-Pfeiler-Theorie" verschrieben sind, als ganz unrealistisch. Eine "gemeinsame Front" der europäischen Länder gegenüber den USA ist eine Illusion, weil vitale Interessen der europäischen Länder dem entgegenstehen.

M. Freymond: Nous nous trouvons donc placés dans une situation privilégiée, où les exigences économiques coïncident avec les intérêts politiques.

Minister Rügger: Gesamthaft gesehen bedeutet es für die Schweiz eine Erleichterung, dass wirtschaftliche Fragen besprochen werden und militärische Probleme im Hintergrund bleiben. Wirtschaftlich ist die Schweiz ein "grosser Staat" - hier kann sie mitmachen. Was immer sie zur Durchsetzung einer offenen, freiheitlichen Lösung tut,

- 14 -

wird sich später zu ihren Gunsten auswirken. Die Schweiz soll sich deshalb nicht scheuen, ihre eigenen Wünsche und Interessen zu vertreten. Mit Prof. Weber bin ich der Meinung, dass Strassburg für uns im jetzigen Moment von grossem Vorteil ist. Auch im Ministerkomitee des Europarates kann die Schweiz Grundsteine für eine liberale Handelspolitik legen. Die bisherigen Aeusserungen in den Kommissionen mögen mehr auf die EWG abgestellt sein; dies sollte aber das Gewicht unserer Stimme nicht verringern.

Was kann in Strassburg getan werden? Wir wollen nicht gegen die EWG Stellung nehmen. Wir können aber die EFTA-Interessen vertreten. Wie weit können wir uns mit den Neutralen und auch mit Dänemark, Irland und Grossbritannien abstimmen? Mit der EWG sollte grundsätzlich die Stimme der EFTA zu Gehör kommen. EFTA-Kontakte sind deshalb in Strassburg erwünscht, ebenso wie die Kontakte der Neutralen unter sich. Der EFTA-Standpunkt ist herauszuarbeiten, damit auch er vielleicht seinen Einfluss auf die amerikanische Politik ausübe.

Die Kontakte zwischen der Schweiz und den Oststaaten sind ebenfalls notwendig. An der Welthandelskonferenz in Genf werden sich für uns solche Möglichkeiten bieten. Hier ergibt sich der aktiven Neutralitätspolitik eine Aufgabe.

Zu den Bemerkungen über Jean Monnet ist zu sagen, dass er nicht einfach unter die Technokraten eingereiht werden sollte, ist er doch recht eigentlich auch der Vater der Spezialorganisationen der UNO. "In den Pausen internationaler Politik muss die Tätigkeit dieser Organisationen weitergehen". Der Monnets Ideen und Kreationen innewohnende Empirismus ist in den Dienst unserer Politik zu stellen.

Prof. Weber wäre missverstanden worden, wenn er angeregt hätte, im Europarat eine einheitliche Stellungnahme der Mitgliedstaaten gegenüber der Kennedy-Runde herauszuarbeiten. Dies ist keineswegs beabsichtigt.

Minister Burckhardt: Die Ministerkonferenz vom 12. Dezember 1963 hat drei Hauptthemen:

1. Atlantische Partnerschaft,
2. Europäische Integration,
3. Gemeinsame Stellungnahme zur Kennedy-Runde.

Zu den ersten beiden Themen liegen Papiere vor. Zum dritten Thema sind bis jetzt keine formulierten Vorschläge unterbreitet worden. Die Vorbereitungsarbeiten im Europarat werden vielleicht etwas zu kritisch beurteilt, obwohl zugegeben werden muss, dass die vorliegenden Papiere einseitig gefärbt sind. Die EWG tritt eindrücklicher in Erscheinung. Sie galt bisher als der Kristallisationspunkt der europäischen Integration. Dessen ungeachtet ist der Europarat ein sehr offenes Gremium, dessen Hauptzweck, wie schon gesagt, im "Erfühlen des Klimas" liegt und wo wir von unserem Standpunkt aus die Ereignisse vielleicht etwas zu beeinflussen vermögen.

M. Wurth: Le Président Hallstein a fait de la question du partnership atlantique que l'on désigne à Bruxelles comme "Communauté atlantique" un thème primordial des ses déclarations. Il y revient avec plus d'intensité depuis la rupture des négociations avec les Britanniques. Sa conception est partagée par la plupart des membres de la commission ainsi que par les "bons Européens". Elle se fonde sur la théorie des deux piliers: Europe unie - Amérique du Nord. Pour tenir compte des idées françaises, on a insisté sur le caractère égalitaire du partnership, une Europe forte et unie excluant un leadership américain.

On estime d'ailleurs à Bruxelles que les initiatives du Président Kennedy en 1961 ont été suscitées par les activités de la Communauté elle-même. Le "Trade Expansion Act" est une réponse directe à la mise en oeuvre du tarif extérieur commun.

La rupture des pourparlers avec la Grande-Bretagne a mis en question les chances d'unification européenne. En attendant, la Communauté veut s'assurer le rôle de porte-parole de l'Europe. Sans pouvoir faire l'unanimité des pays qu'elle entend représenter, elle fait valoir la thèse qu'en renforçant son activité, elle aide les pays européens individuels et exerce une pression sur les Américains. Son intention essentielle est pour le moment de faire avancer les

- 16 -

choses sur le terrain économique.

Les négociations du GATT sont une première pierre de touche. De telles négociations devraient être étendues à d'autres domaines: législation douanière, mesures anti-dumping et mesures anti-cartellaires. Les mesures sur le plan européen et sur le plan atlantique devraient, aux yeux de Bruxelles, se compléter et se renforcer mutuellement.

L'attitude de la CEE dans les négociations au GATT est en effet très dure. Cette attitude n'est d'ailleurs pas due uniquement à la France. La notion des "disparités" par exemple a été lancée par les experts allemands et reprise par la France et l'Italie. Un succès au GATT serait important pour la Communauté tant dans l'optique du partnership que pour des raisons d'ordre intérieur.

M. Jean Monnet est un partisan résolu de l'atlantisme. C'est ce qui a motivé son ferme soutien à l'entrée de la Grande-Bretagne dans les Communautés. Par contre et d'autant qu'on puisse en juger par les indications fournies dans des milieux qui lui sont proches, son attitude à l'égard des neutres est totalement négative. Pour ma part, je n'oserais espérer un très grand appui de ce côté.

Pour revenir à une indication faite par M. Weber, l'opinion exprimée dans le rapport Patijn concernant l'échec des négociations avec la Grande-Bretagne a été reprise par M. Luns. Mais en réalité, le problème de l'entrée de la Grande-Bretagne n'a plus une grande importance de fait. On a estimé avoir trouvé une solution dans le cadre de l'UEO et la France est déterminée actuellement à ne pas aller au delà. La suggestion d'échanger des missions entre l'AELE et la CEE est une proposition que M. Couve de Murville avait faite à la Commission des Ministres de la CEE. Cela montre bien que la France était disposée à accepter n'importe quel genre de contacts pourvu qu'il ne s'agisse pas de négociations directes entre la Communauté et l'AELE.

Prof. von Salis stellt die Frage, ob es nicht so war, dass sich die Amerikaner nicht darüber Rechenschaft gegeben hatten, dass die EWG zu einem starken Konkurrenten werden würde. Erst als sie dies reali-



- 17 -

sierten, haben sie die Idee der Atlantischen Wirtschaftsgemeinschaft lanciert. Dadurch sollen die Gefahren der EWG-Konkurrenz ausgeschaltet werden. Dies erklärt gewisse Widerstände in Brüssel gegen die Atlantische Partnerschaft. Mansholt, der früher gegen de Gaulle Stellung nahm, hat jetzt in Genf gegenüber den Amerikanern die de Gaulleschen Ziele verfochten, wenn er erklärt, die EWG müsse sich hinter dem Schutz der Zölle erst konsolidieren, um nicht von amerikanischen Interessen ausgesogen zu werden.

Minister Weitnauer: Dieser Widerspruch besteht. Die Ursache liegt weiter zurück. Sie ist in der Reissbrettkonstruktion Monnets, die von den USA übernommen wurde, begründet. Das amerikanische Ziel war, wie dasjenige Monnets, von Anfang an ein politisch geeintes Europa, das aber im Wirtschaftlichen eine Politik der offenen Türe führen würde. Hier liegt der Keim allen Ungemachs zwischen EWG und USA. Die USA waren bereit, wirtschaftliche Nachteile aus der Einheit Europas in Kauf zu nehmen, aber nur in einem gewissen Ausmass und für eine gewisse Zeit. Die Schwäche der amerikanischen Zahlungsbilanz hat dann der amerikanischen Initiative für die Atlantische Allianz grosse Dringlichkeit gegeben. Die amerikanische Politik leidet an der Schizophrenie, dass sie die EWG als Sechser-Gemeinschaft politisch unterstützen und andererseits die wirtschaftliche Partnerschaft mit ihr verwirklichen will. Die nächste Zeit wird darüber Auskunft geben, ob sich die USA weiterhin auf die von Monnet entwickelten politischen Konzeptionen abstützen oder ob die wirtschaftlichen Interessen der Vereinigten Staaten den Vorrang erhalten. Die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen der EWG und den Vereinigten Staaten, die in der Kennedy-Runde zum Ausbruch kamen, lassen sich an Schärfe kaum mehr überbieten. Die Amerikaner sind sich darüber klar, dass die EWG im Augenblick für sie nichts anderes als ein protektionistischer Klub ist, der ihrer Exportoffensive die grössten Schwierigkeiten bereitet. Der Mansholt-Plan ist ganz einfach die konkrete Ausgestaltung der bereits vor drei Jahren konzipierten gemeinsamen Landwirtschaftspolitik. Werden also die Amerikaner weiterhin mit wirtschaftlichen Nach-

- 18 -

teilen für die politischen Ziele der von ihnen am Reissbrett entworfenen Politik der "two pillar-theory" zu bezahlen bereit sein, oder wird unter dem Druck der wirtschaftlichen Tatsachen der Kampf, der im GATT im Gange ist, zu einer eigentlichen Krise der Beziehungen zwischen EWG und USA führen? - das ist die Frage. Die amerikanische Politik ist vor eine Zerreissprobe gestellt, zwischen ihrer idealistischen Komponente, die in der EWG die Vorstufe für die europäische Einheit und damit auch die Atlantische Partnerschaft sieht, und ihrer materialistischen Komponente, vertreten durch den "Businessman", dessen vitale Exportinteressen bedroht sind.

Prof. Lüthy: Das Werk von Pierre Uri "Dialogues des Continents" ist eine Konstruktion am Reissbrett ohne organische Grundlage. Integration kann nur ein Prozess, nicht eine Organisation sein. In allen internationalen Organisationen herrscht der Zwang, im fiktiven Vokabular einer Sprache zu reden, welche die gültigen Theorien und Wunschträume verkörpert. Dies gilt für Strassburg wie für die UNO. Die Schweiz hat keinen Grund, nur um des Mitmachens willen, sich solchen Konzeptionen anzuschliessen. Es gibt den europäischen Pfeiler, der "mit einer Stimme spricht", nicht. Das ganze Gerede erinnert mich an das Märchen von "des Kaisers neuen Kleidern". Es ist vielleicht nötig, wenn auch nicht opportun, dass bald einmal das Kind auftritt, um mit naiver Offenheit auszusprechen, was evident ist: dass der Kaiser "keine Kleider trägt", mit anderen Worten, dass wir nicht an der Schwelle eines politisch geeinigten Europa sind. Das als Zollverein organisierte Europa ist kein weltpolitischer Partner. Es kann uns in keiner Weise, selbst nicht moralisch, verpflichten.

Ich sehe heute keine Möglichkeit einer europäischen Politik. Die EWG ist bis auf weiteres gescheitert, weil ihre politische Konzeption sich nicht bewährt hat. Sie hat keine Chancen, politisch etwas zu bedeuten. Europa wird in Nationen organisiert bleiben. Viele Faktoren, die den Nationalstaat ausmachten, sind durch den allgemeinen Integrationsprozess hinfällig geworden. Das heisst aber nicht, dass die Staaten aufgehört haben zu bestehen. Im politischen Bereich leben wir weiterhin unter National-

- 19 -

staaten. Es ist unmöglich, in Europa eine kontinental-staatliche Politik zu führen, weil es diesen Kontinent im politischen Sinne nicht gibt. Es gibt kein "Europa bis zum Ural". Russland und Europa hören nicht am Ural auf. Eine "Politik der Kontinente" besteht zwischen USA und Russland, nicht zwischen USA und "Europa".

Als Europäer brauchen wir kein schlechtes Gewissen zu haben, wenn wir auf weltoffenen Konzeptionen beharren, d.h. wenn wir in diesem Streit auf der Seite der USA stehen. Jede Reorganisation des europäischen Kontinents hat davon auszugehen, dass Moskau und Washington die entscheidenden Zentren sind. Der Draht verbindet nicht Paris und Moskau, sondern Washington und Moskau. Als Kleinstaat brauchen wir keine Angst davor zu haben, ein Klein-Europa abzulehnen. Dieses Klein-Europa ist nicht unser Europa. Wir haben andererseits alles Interesse daran, die Wünschbarkeit der "Oeffnung nach dem Osten" zu betonen, auch wenn dies innenpolitisch für uns schwierig ist.

Die Uebertragung der Konzeption von See- und Kontinentalmächten auf unsere heutige Situation ist nicht ohne weiteres möglich. Beide massgeblichen Mächte, die Vereinigten Staaten und Russland, sind Weltmächte von kontinentalem Ausmass.

Minister Weitnauer: Ich teile Herrn Prof. Lüthys Ansichten. Sollen und dürfen wir aber unseren Standpunkt offen aussprechen und beispielsweise im Europarat aus unserer Reserve heraustreten?

Prof. Lüthy: Dies ist eine Frage der Sprachregelung. Wir müssen Polemiken vermeiden, aber wir können z.B. die Freihändlerische Ideologie, die der EFTA zugrunde liegt, vertreten. Wir haben schliesslich in der wirtschaftlichen Spaltung Europas offen Stellung bezogen.

M. Wurth: L'activité de M. Mansholt, malgré son opposition très nette à la politique française actuelle, trouve dans le domaine de la politique commune agricole l'approbation de la France et correspond aux intérêts français. Ainsi, tout récemment encore - il s'agissait de décider la date-limite pour la détermination des règlements agricoles - M. Giscard d'Estaing a déclaré que la France s'en remettait complètement de sa décision à l'opinion de la Commission et de M. Mansholt.

- 20 -

Minister Lindt: Bei der Konzeption des "Trade Expansion Act" wurde nicht nur auf Europa gesehen, sondern auch und vor allem auf die Dritte Welt. Amerika dachte an die Folgen, die für die Dritte Welt die Entstehung eines protektionistischen Blockes haben müsste. Die Resultate eines Kampfs dieser Länder gegen die EWG müssten auch für die USA verhängnisvoll sein.

Die Schweiz hat gegenüber der Dritten Welt eine Aufgabe zu erfüllen. Ihr Prestige würde stark erschüttert, wenn sie nicht eine entsprechende Haltung auch im GATT einnehme.

Ministre de Salis: Nous constatons un certain recul par rapport à la situation qui existait lors de notre demande d'association à la CEE. Il est assez difficile de préciser notre politique à Strasbourg et d'admettre ce changement. Mais la position de l'AELE est une base de départ à laquelle nous pouvons toujours recourir.

Minister Weitnauer: Alle diese Schwierigkeiten bestünden nicht, wenn die Grosse Freihandelszone seinerzeit nicht durch Frankreich torpediert worden wäre. Europa wäre heute ein einheitliches Wirtschaftsgebiet und die Auseinandersetzung mit den USA wäre von innereuropäischen wirtschaftlichen Gegensätzen frei.

Minister Jolles: Die Haltung, die die Schweiz im Europarat einnehmen soll, steht nicht im Widerspruch zum schweizerischen Assoziationsgesuch. Dieses wurde unter der Annahme einer weltoffenen EWG, der die übrigen EFTA-Staaten ebenfalls angehören würden, gestellt.

Die aussereuropäischen Auswirkungen der europäischen Integrationspolitik dürfen nicht vernachlässigt werden. An der soeben zu Ende gegangenen Konferenz in Sao Paulo kam der Gegensatz zwischen den USA und Lateinamerika schärfer zum Ausdruck. Auch die "Allianz für den Fortschritt" war eine Reissbrettkonzeption, die jetzt im Sinne einer vermehrten Berücksichtigung nationaler Interessen eine Umkrepelung erfahren hat. Die Opposition Lateinamerikas gegen die EWG hat sich in Sao Paulo ebenfalls deutlicher manifestiert und wird im GATT und an der Welthandelskonferenz noch stärker zum Ausdruck kommen. Werden aber diese Länder eine

gemeinsame Haltung gegenüber der EWG finden?

M. Freymond: Quant à la question d'une attitude pratique, je serais tenté de me trouver d'accord avec les avis exprimés par M. Luthy et M. Lindt. L'action au Conseil de l'Europe et à l'OCDE constitue la grande chance du moment. L'attitude de la Grande-Bretagne doit nous confirmer dans notre conviction que nous pouvons utiliser notre moyen traditionnel du fédéralisme. Si nous approchons les conflits sous cet angle, nous y trouverons une méthode de travail prudente et efficace qui doit dicter notre comportement.

Pour qu'une telle action soit efficace, il faut d'abord arriver à mettre de l'ordre dans notre propre maison, obtenir une entente helvétique sur notre attitude à l'égard de l'Europe, du monde atlantique, de l'Est et du tiers monde. Les réactions passionnelles en ce qui concerne les relations avec l'Est font oublier les intérêts véritables du pays. Une attitude équilibrée de la politique étrangère suisse permettrait de faire comprendre à tous les partenaires l'importance de la neutralité, et notre vocation universaliste pourrait s'exprimer dans la proposition d'une Europe ouverte.

Nationalrat Wick möchte sich nicht zu der fast ausschliesslich wirtschaftlichen Thematik der heutigen Sitzung äussern, sondern zur Methode unserer Arbeit. Es gibt schon genügend Kommissionen, die diese wirtschaftspolitischen Fragen behandeln. Die Aufgabe der Arbeitsgruppe "Historische Standortsbestimmung" wäre es, an Hand der schriftlich niedergelegten Richtlinien des Bundesrates die Stellung unseres Landes und unsere Politik zu fixieren. Wir dürfen uns nicht nur von wirtschaftlichen Ueberlegungen lenken lassen. Wir haben die Frage zu stellen, wie weit die wirtschaftlichen Probleme die politischen Entscheide beeinflussen dürfen. Darin liegt unsere Aufgabe. Wie weit wird unsere Politik von wirtschaftlichen Entwicklungen bestimmt? Wie weit führt dies zu einer Zerbröckelung unserer Souveränität und Neutralität? Welches sind die Folgen dieser Entwicklungen? Auf diese Fragen sollte sich die Arbeitsgruppe "Historische Standortsbestimmung" konzentrieren.

Minister Weitnauer: Ich habe nicht den Eindruck, dass wir zu sehr in rein wirtschaftliche Fragen hineingeraten sind. Alle diese Probleme haben einen hochpolitischen Hintergrund.

Wir haben heute eine bessere Chance, unsere politischen Konzeptionen zu verwirklichen. Die schweizerischen Interessen können in einer offenen Atlantischen Gemeinschaft besser gewahrt werden als in einem allzu sehr "integrierten" Europa. Die Aufgabe der Arbeitsgruppe ist es, die Ereignisse, wie sie sich entwickeln, zu besprechen und historisch einzuordnen. Dies gilt auch für die nächste Sitzung, die den Fragen der Ostkontakte im weitesten Sinne gewidmet sein wird.

Prof. v.Salis: In der heutigen Entwicklung der Welt scheiden sich die Geister. In Frankreich verübeln die "Europäer" de Gaulle die von ihm vertretenen Ansichten. In der Schweiz ist Prof. Huber Exponent einer Richtung, die glaubt, die Zerbröckelung der Souveränität sei Teil eines unaufhaltsamen Prozesses, durch den die Vaterländer zu überholten Grössen werden. Mit einer Anzahl Vorrednern glaube ich, dass die Nationalstaaten, so wie sie heute bestehen, noch immer tragfähig genug sind, um politisch wirksam zu sein, z.B. auch durch den Abschluss von Allianzen. Die grosse Streitfrage über die Bedeutung, die der nationalen Souveränität heute noch zukommt, lässt sich nicht auf Grund theoretischer Ueberlegungen entscheiden.

Prof. Weber stellt fest, dass die praktisch wichtigste Frage: Wie sollen wir uns in Strassburg in konkreten Situationen verhalten? nicht beantwortet wurde. Wir sind uns einig, dass für uns im Militärischen keine, hingegen wohl im Wirtschaftlichen eine atlantische Zusammenarbeit möglich ist; dass wir keine Front der europäischen Länder gegen die USA wünschen; dass die EFTA auch in den GATT-Verhandlungen ihre Stellung verteidigen soll. Die schwierige Frage liegt im politischen Bereich. Wir können nicht gegen die Idee der Partnerschaft auftreten, aber - wir wollen nicht dabei sein. Die heute geäusserten Ideen lassen sich im Europarat nicht vertreten. Dort sind die "Europäer" führend. Eine Föderation auf europäischer Ebene ist nur in einer Organi-

nisation denkbar. Aber was nützt uns ein europäischer Föderalismus, wenn wir selbst dabei nicht mitmachen können? Der einzige Ausweg besteht darin, zu versuchen, Einfluss zu nehmen, ohne uns zu engagieren. Aber dies ist nur eine gewisse Strecke Wegs möglich. Parlamentariern mag dies leichter fallen als Regierungsvertretern im Ministerrat.

Minister Weitnauer ist mit dem Gang der Debatte und ihrem Ergebnis zufrieden. Wir sind eine Kommission zur Beratung des Bundesrates. Es ist Sache des Bundesrates, die geäußerten Ideen in die praktische Politik - soweit dies opportun ist - umzusetzen. Dies ist eine Frage des Zeitpunktes und des Masses. Wir haben keine konkreten Schlüsse zu ziehen. Gewiss aber ist, dass auch unser Land seinen Beitrag leisten und seine Ideen im Rahmen des Möglichen vertreten kann und soll. Die Trennung des Wirtschaftlichen vom Politischen ist nicht rein durchzuführen. Im Wirtschaftlichen können wir mitmachen, selbst bei offenen Grenzen gegenüber dem Politischen. Die Schweiz ist an einer freiheitlichen Lösung aller Probleme interessiert. In einer Reissbrettkonstruktion hat sie nicht Platz, sie wäre der Verlierer. Die Entwicklung scheint sich von solchen Konstruktionen abzuwenden und zu freiheitlichen Vorstellungen zurückzufinden, eine Entwicklung, von der wir nur zu gewinnen haben.

Beilage:

Referat

## Die Schweiz und die Probleme der westlichen Welt

---

Einleitendes Referat von Minister Dr. A. Weitnauer an der  
Sitzung der Arbeitsgruppe "Historische Standortsbestimmung"  
vom 30. November 1963

---

Wir haben in unserer Arbeitsgruppe wiederholt Gelegenheit gehabt, uns über die Stellung der Schweiz gegenüber den Problemen Europas und der europäischen Integration auszusprechen. Dies geschah vor allem im Zusammenhang mit dem Versuch der Erweiterung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Bestreben unseres Landes, in diesem Rahmen eine Assoziation mit der EWG zu finden.

Auf der andern Seite haben wir, nicht zuletzt auf dem Hintergrund unserer Einstellung zum Phänomen "Europa", Anlass gehabt, uns der Rolle klarer bewusst zu werden, die unser Land mit seiner Sonderart heute in der Welt überhaupt zu spielen berufen ist.

Was wir nicht oder nur am Rande behandelten, war der Platz, den die Schweiz in der westlichen Welt einnimmt, jener Sphäre, die zwischen Europa, so wie es vor allem von den Protagonisten der europäischen Einigung definiert wird, einerseits, der Weltstaatengemeinschaft in ihrer Gesamtheit andererseits gelegen ist. Und doch steht uns diese westliche Welt, wie ich es sehe, von allen am nächsten. Nicht genug damit: sie hat gerade gegenwärtig für uns eine besondere Bedeutung gewonnen, die, wenn nicht alles täuscht, sich in nächster Zukunft noch weiter steigern und klarer ausprägen wird.

Der Platz der Schweiz in der westlichen Welt ist von grosser Eigenart. Sie besteht darin, dass wir nach Herkunft, Lebensform und Geisteswelt unabdingbar - ich möchte sagen: unrettbar - ins westli-



- 2 -

che Lager gehören und das künftige Schicksal des Okzidents auch unser Schicksal sein wird. Unser spontanes Lebensgefühl sagt uns, ohne dass wir darüber im mindesten im Zweifel sein können, dass von den drei Staatengruppierungen, die auf unserem Planeten heute zu finden sind - der Gruppe der kommunistischen Länder, der Gruppe der Entwicklungsländer, der Gruppe der hochindustrialisierten, hochzivilisierten und freiheitlich regierten Länder - wir in die letztgenannte einzureihen sind und für alle spontan vorhandenen, grundlegenden Kennzeichen unseres Landes und Volkes nur dort eingereiht werden können.

Für alle solche Kennzeichen, ausgenommen zwei, allerdings sehr wichtige: einmal die besondere innerstaatliche Struktur des wahren Föderalismus und der direkten Demokratie, und ferner die besondere Natur unserer Aussenpolitik, einer Politik der Unabhängigkeit, der qualifizierten Eigenständigkeit, der Neutralität, einer Politik, die unserer Berufung als Treuhänder der Weltstaatengemeinschaft, als tätiger Anwalt der Menschlichkeit und den andern, in unserer Gruppe ausgiebig erörterten Elementen unserer aussenpolitischen Sonderrolle gerecht wird. Das Spannungsverhältnis, das aus dieser ganz eigentümlichen Situation für unser Land resultiert, beherrscht unsere Beziehungen zu Europa; es ist in genau gleicher Weise, vielleicht nur noch intensiver, aber auch bestimmend für unsere Beziehungen zur westlichen Welt überhaupt. Nebenbei gesagt gewinnen wir gerade aus der Erkenntnis dieser Parallelität einen weiteren Beleg dafür, dass "Europa als Programm", wenn ich mich der Kürze halber so ausdrücken darf, für uns nie die gleiche Anziehungskraft haben kann wie für andere europäische Nationen. Die fundamen-

- 3 -

tale Spannung, die unser aussenpolitisches Dasein beherrscht, ist durch keine wie immer geartete Entwicklungen in Europa zu lösen. Genau dasselbe gilt für die Entwicklungen in der westlichen Welt überhaupt. In beiden Sphären haben wir entschiedene und grosse Verantwortungen zu übernehmen, denen wir uns als selbstbewusstes Mitglied der westlichen Völkerfamilie weder entziehen können noch wollen. Wir vermögen aber diese Verantwortungen wegen unserer politischen Sonderstellung nur auf unsere eigene, besondere Art zu erfüllen, wobei es weitgehend gleichgültig ist, ob sie den engeren europäischen Rahmen oder den weiteren des freien und gesitteten Abendlandes schlechthin betreffen.

Es heisst darum Eulen nach Athen tragen, wenn ich betone, dass uns die Ereignisse und Entwicklungen in diesem Weltteil unter allen Umständen aufs höchste interessieren, auch wenn sie zuzeiten - und dies ist gegenwärtig der Fall - aus einem Mangel an Ereignissen und Entwicklungen bestehen. Um diesen Stillstand, diesen "deadlock", und die Konsequenzen, die sich daraus für uns ergeben, klar zu erfassen, scheint mir angezeigt, an das Konzept derjenigen anzuknüpfen, die genau zu wissen glauben, was in Europa und der westlichen Welt geschehen sollte, ja, die sogar erklären, dass, was ihnen als Zielsetzung vorschwebt, mit unausweichlicher Zwangsläufigkeit geschehen muss und geschehen wird.

Es sind die Visionäre und die Doktrinäre. Sie stammen letztendlich alle aus der Schule Jean Monnets, jenes grossen alten Mannes, der mit seinen Ideen eine wesentliche Triebkraft in der politischen Entwicklung dieser unserer Welt darstellt. Er ist der geistige Vater des Konzepts der Vereinigten Staaten von Europa und der praktischen

- 4 -

Verkörperungen, die dieser Gedanke bisher in Form der Montanunion, des Euratom und vor allem der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gefunden hat. Er ist der geistige Vater aber auch des Projekts der atlantischen Partnerschaft, die eine Brücke zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada auf der einen und dem als vereinigt gedachten, freien Europa auf der andern Seite schlagen will. Es ist die berühmte Theorie von den zwei Pfeilern, auf denen die Brücke über den Atlantik ruhen soll: das amerikanische Geschwisterpaar und das föderativ gestaltete, aber als Einheit handelnde Europa - "Europe speaking with one voice".

Jean Monnet hatte es verstanden und versteht es weiter, für sein Zukunftsbild der europäischen und der atlantischen Welt sehr wesentliche politische Kräfte zu gewinnen: Schuman, de Gasperi, auch Adenauer bis zu einem gewissen Punkte, dann Spaak, die ganze Brüsseler Bürokratie mit Hallstein und Jean Rey an der Spitze, nicht zu vergessen einen breiten Strom der öffentlichen Meinung. Sein grösster Erfolg aber ist gewiss, dass auch die amerikanische Regierung mit der ganzen Kraft und dem ganzen Einfluss, über die sie verfügt, hinter ihm stand und steht. Für seine Thesen war der verstorbene Präsident Kennedy vielleicht der beredteste Anwalt. Doch hat es sich hier nicht etwa um eine persönliche Politik Kennedys gehandelt. Kein Mitglied seines Kreises, aber auch kein massgeblicher Sprecher der republikanischen Opposition hat in den letzten Jahren je eine auch nur teilweise abweichende Meinung verfochten. Die "bright young men" des Weissen Hauses und des Staatsdepartements vollends, die vornehmlich unter einem demokratischen Regiment immer eine bedeutende Rolle spielen, sind ohne Ausnahme auf das Glaubens-

- 5 -

bekanntnis Jean Monnets eingeschworen. Nie hat im übrigen die amerikanische Regierung einen Zweifel darüber gelassen, dass sie - mit Montanunion und Euratom - vor allem die EWG und den Römer Vertrag als den einzigen Weg zu Europa und damit auch zur atlantischen Partnerschaft betrachtet.

Die Kraft einer Ueberzeugung erweist sich dann am klarsten, wenn Schwierigkeiten und Widerstände ihr entgegentreten. In seiner berühmten Rede in Philadelphia vom 4. Juli 1962 hatte Präsident Kennedy einem "starken und geeinigten Europa" die Partnerschaft auf der Grundlage voller Gleichberechtigung angeboten. Er warnte davor zu glauben, dass dies "über Nacht" geschehen könnte, "but let the world know it is our goal".

Es kam die Pressekonferenz General de Gaulles vom 14. Januar 1963 und, in ihrem Gefolge, der Abbruch der Verhandlungen über den Beitritt Grossbritanniens zur EWG. Das "Europe des communautés" verharrte während langen Monaten in der bisher schwersten Krise seiner Existenz, einer Krise, die auch heute bei weitem nicht überwunden ist. Fast auf ein Jahr genau nach seiner Rede in Philadelphia ergriff Präsident Kennedy wiederum das Wort - es war in der Frankfurter Paulskirche am 22. Juli 1963. Unerschütterter und unbeirrbar verkündete er genau dasselbe Ziel mit fast denselben Worten. Am 27. Oktober 1963 war es am Leiter der amerikanischen Aussenpolitik, Staatssekretär Dean Rusk, wiederum in Frankfurt, wiederum in der Paulskirche, in einer Rede zu Ehren George Marshalls, und es waren erneut die gleichen Thesen, die er vor seinen Zuhörern entwickelte. Eine bange Frage klang allerdings in seinen Ausführungen auf. Es war die Frage: "What is Europe ? Who speaks for it ?"

- 6 -

Auf diese Frage gibt es nicht nur die Antwort Jean Monnets und seiner Anhänger, unter denen Prof. Hallstein, der Präsident der EWG-Kommission, vielleicht der redseligste ist. Es gibt auch die Antwort des Generals de Gaulle. Wir kennen sie alle: "l'Europe des gouvernements", nicht "l'Europe des communautés"; nicht "une Europe intégrée, donc diminuée"; nicht "la communauté atlantique qui ne serait qu'une forme nouvelle de la fameuse intégration" - nach Ansicht de Gaulles ein Instrument vor allem der Herrschaft der Angelsachsen über den europäischen Kontinent. Auch de Gaulle will Europa politisch organisieren, aber nach seinem Sinn: durch eine Allianz der hauptsächlich kontinentalen Partner und unter französischer Führung.

Den Bemühungen beider Rivalen ist der Erfolg bisher versagt geblieben. Eine Erweiterung der Sechser-Gemeinschaft hat sich, wegen des französischen Widerstandes, als unmöglich erwiesen. Der politische Inhalt der EWG ist gering; nach wie vor liegt die massgebliche Entscheidungsgewalt bei den Mitgliedstaaten.

Auf der andern Seite ist auch das Europa-Konzept des Generals de Gaulle nicht weiter gekommen. Die Arbeiten des "Comité Fouchet" sind ergebnislos abgebrochen worden. Was die Durchführung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrags vom 21. Januar 1963 angeht, so ist der deutsche Partner mit geradezu ängstlicher Sorgfalt darauf bedacht, keinerlei Gegensätzlichkeit zu den von de Gaulle so wenig geliebten "Anglosaxons" in Erscheinung treten zu lassen.

So müssen wir feststellen, dass die doktrinären Rezepte für die "Einigung Europas", indem sie einander ausschliessen, zu einem Stillstand der Entwicklung in Europa geführt haben. Wie weit im übrigen das bisher Geleistete den europäischen Zusammenschluss seiner

- 7 -

Realisation näher gebracht hat, ist eine offene Frage.

Welches ist demgegenüber der Stand der Verwirklichung der atlantischen Partnerschaft oder, weniger doktrinär ausgedrückt, der praktischen Zusammenarbeit zwischen den Ländern und Völkern der westlichen Welt ? Dem unbefangenen Blick eröffnet sich ein recht erfreuliches Bild.

Die Neugestaltung der Beziehungen zwischen Amerika und den europäischen Ländern geht auf das Ende des Zweiten Weltkrieges zurück. Zunächst waren die Amerikaner eindeutig die Gebenden. Denken wir an das umfassende Hilfswerk der UNRRA, an den Marshallplan, für den die Vereinigten Staaten insgesamt 12 Milliarden Dollar aufwendeten, an die Gründung der OECE. Das segensreiche Werk, das diese Organisation auf der Grundlage einer freien Zusammenarbeit der europäischen Staaten diesseits des Eisernen Vorhangs unter sich und mit Amerika für die Entlastung des europäischen Warenverkehrs von seinen mengenmässigen Beschränkungen und, durch die Gründung des Tochterinstituts der OECE, der Europäischen Zahlungsunion (EZU), für die Befreiung des europäischen Zahlungsverkehrs geleistet hat, ist unvergessen. Ende 1958 war die Konvertibilität der europäischen Währungen erreicht und die Liberalisierung des Handelsverkehrs bis zu einem Punkte geführt, der es möglich machte, beide Institutionen, die OECE und die EZU, zu liquidieren. Der OECD, die, mit einer lockerer konzipierten Zielsetzung an die Stelle der OECE getreten ist, gehören erstmals die Vereinigten Staaten und Kanada als Vollmitglieder an; die neue Organisation hat somit ihren "atlantischen" Charakter noch verstärkt. Die Schweiz hat von Anfang an, mit Ueberzeugung und Tatkraft, an den Arbeiten der OECE und der EZU mitge-

- 8 -

wirkt. Sie ist Mitglied auch der OECD.

Auf dem Gebiete der Währungen stehen heute ebenfalls Mechanismen zur Verfügung, die über den europäischen Rahmen hinausreichen und die gesamte westliche Welt, wie wir sie kennen gelernt haben, erfassen. Es ist der sogenannte "Zehnerclub", bestehend aus den Vereinigten Staaten, Kanada, Grossbritannien, Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, den Niederlanden, Schweden und Japan, der unter der Aegide des Internationalen Währungsfonds das Ziel verfolgt, die Stabilität der wichtigsten Währungen diesseits und jenseits des Atlantik - vor allem des Dollars und des Pfund Sterlings - zu sichern. Die Schweiz gehört aus hier nicht näher zu erörternden Gründen der Vereinigung dieser zehn bedeutenden Industriestaaten nicht an; sie unterhält jedoch mit ihr engste Beziehungen und leistet an ihre Zweckbestimmung wesentliche Beiträge.

Für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Europa und Amerika hat das GATT - das "General Agreement on Tariffs and Trade" - in letzter Zeit erheblich an Bedeutung gewonnen. Es soll eigentlich der weltweiten wirtschaftlichen Zusammenarbeit dienen; doch hat sich gezeigt, dass sein Hauptinstrument, die Zollkonferenzen, mit dem Ziel des Abbaus der Zolltarife auf der Grundlage der Gegenseitigkeit, nur zwischen hochindustrialisierten Staaten, wie es vor allem Amerika und die westeuropäischen Länder sind, anwendbar ist. Auch für die Welt der Entwicklungsländer versucht das GATT zu wirken; von ihnen wird jedoch keine Reziprozität erwartet. Hingegen bildet die Einbeziehung der Landwirtschaftsproduktion der Länder der gemässigten Zone vielleicht die grösste Schwierigkeit, die sich in einer GATT-Konferenz stellen kann. In den Jahren 1960/62 wurde

- 9 -

im GATT die sogenannte Dillon-Runde durchgeführt. Seit 1963 wird die Kennedy-Runde vorbereitet, die sich das überaus anspruchsvolle Ziel einer Halbierung der Zolltarife und gleichwertiger andersartiger Schranken, wie sie vor allem auf dem Gebiete der Landwirtschaft zu finden sind, gesetzt hat. Wiederum sind es fast ausschliesslich die hochindustrialisierten Länder der westlichen Welt, die sich am Verhandlungstisch gegenübersetzen, unter Zuzug allerdings Japans, das ganz natürlicherweise in den gleichen Kreis gehört, und, für die Landwirtschaft der gemässigten Zone, der Commonwealthländer Kanada, Australien und Neuseeland. Es ist nicht meine Absicht, Ihnen in diesem einleitenden Referat eine Analyse der Schwierigkeiten und Aussichten der Kennedy-Runde zu geben; es genüge der Hinweis auf die Höhe der Verantwortung, die sich auch in diesem Zusammenhang der westlichen Welt in ihrer Gesamtheit stellt.

Die Schweiz ist seit 1958 Mitglied des GATT. Sie spielt in den Arbeiten der Organisation eine nicht unwichtige Rolle. Vor allem ihr Bekenntnis zu einer liberalen Zoll- und Handelspolitik, verbunden mit dem auch in absoluten Zahlen erstaunlichen Gewicht ihres Aussenhandels, geben ihr gerade in der Kennedy-Runde eine Stellung, die auch von den Grosstaaten nicht übersehen werden kann.

Schliesslich sei an die militärische Zusammenarbeit erinnert, die zwischen den Ländern der atlantischen Welt, mit Ausnahme der Neutralen, seit dem Jahre 1949 im Rahmen der NATO organisiert ist. Die Interdependenz zwischen Amerika und Europa ist hier so ausgeprägt wie auf allen andern Gebieten; selbst Frankreich, das mit seinen Selbständigkeitsregungen am weitesten geht, hat nie versucht, das Bestehen der Allianz an sich in Frage zu stellen.



- 10 -

So sehen wir, rein pragmatisch betrachtet, die Zusammenarbeit in der westlichen Welt, fern allen Dogmen und Doktrinen, seit langem in vollster Entfaltung. Reiche und fruchtbare Zukunftsmöglichkeiten scheinen ihr gesichert. Für den nüchternen Sinn des Praktikers kann an der Realität und der Substanz der Zusammenarbeit - der Partnerschaft, um das Modewort zu brauchen - kein Zweifel bestehen.

Von den Ideologen der "Vereinigten Staaten von Europa" aber wird dieser Eindruck keineswegs geteilt. Einigermassen zu unserer Ueberraschung mussten wir Schweizer feststellen, dass ihre völlig andersartige Optik vor allem von einer Institution vertreten wird, der wir erst kürzlich - und zwar aus guten Gründen - beigetreten sind, nämlich dem Europarat.

Der Europarat bekundet seine Besorgnis angesichts der gegenwärtigen Lage und fragt sich, was er dazu beitragen kann, um die bestehenden Schwierigkeiten zu überwinden. Das Generalsekretariat und die politische Direktion haben eine Anzahl von Papieren vorbereitet, die den Beratungen der Minister-Stellvertreter und vor allem des Mitte Dezember zu seiner nächsten Sitzung zusammentretenden Ministerrats als Grundlage dienen sollen. Die Thesen, die in diesen Papieren entwickelt werden, sind wahrhaft bemerkenswert.

Eine atlantische Partnerschaft, so erklären die führenden Köpfe des Europarates, gibt es zurzeit nicht, und es kann sie unter den gegenwärtigen Umständen auch gar nicht geben. Eine solche Partnerschaft ist nämlich nur denkbar unter der Voraussetzung, dass Europa geeinigt ist. So lange Europa sich nicht als "partenaire unique" den Amerikanern präsentieren kann, sind bestenfalls Ansätze

- 11 -

und Vorbereitungen für jene intensive Zusammenarbeit möglich, die das Wesen einer wahren Partnerschaft zwischen Europa und Amerika ausmacht.

Für diese vorbereitende Phase übernimmt das Büro des Europarates die Bezeichnung "pre-partnership" oder "partnership anticipé". Aufgabe der europäischen Länder in dieser Zwischenphase ist es, "de réduire les dangers du stade actuel de l'unification européenne". Ganz dem Leitgedanken entsprechend, die Einigung Europas nach dem Monnet-Hallsteinschen Rezept als eine Selbstverständlichkeit zu betrachten, stellen die Herren des Europarates das weitere Prinzip auf, dass einzig die EWG oder, allgemeiner ausgedrückt, die Sechsländer-Gemeinschaft als echte Vorstufe des künftigen geeinigten Europa betrachtet werden könne. Demgemäss müssten, so wird weiter ausgeführt, die Vorschriften und Regelungen des Römer Vertrages als Muster und Richtlinie für die Politik aller Mitgliedstaaten des Europarates in der gegenwärtigen schwierigen Zeit genommen werden, einer Zeit, in der es gelte, alles zu vermeiden, was die Gegensätze vertiefen und eine spätere Einigung erschweren könnte. Von den Leistungen der EFTA wird nur am Rande und in etwas gönnerhaftem Ton gesprochen; niemals können nach Ansicht der Strassburger Herren die Prinzipien, die der Schaffung und dem Wirken der EFTA zugrunde liegen, für die Gestaltung der europäisch-amerikanischen Partnerschaft als massgeblich oder auch nur als prüfenswert betrachtet werden. Die unvermeidliche Präsenz Japans in der wirtschaftlichen Problematik der westlichen Welt ist den Verfassern der Papiere des Europarates eine peinliche Systemwidrigkeit.

Man kann als gewiss annehmen, dass diese Auffassungen über die

- 12 -

Zukunft Europas und der Beziehungen Europas mit Amerika nicht auf die Strassburger Präzeptoren beschränkt sind oder überhaupt ursprünglich von ihnen ausgehen. In der Tat ist es leicht, darin ganz einfach einen Kommentar zur gegenwärtigen Lage auf dem Hintergrund der Vision Jean Monnets vom geeinigten Europa und der atlantischen Partnerschaft zu erkennen. Die gleichen Thesen werden auch in der EWG und in gewissen Kreisen der EWG-Mitgliedstaaten vertreten. Der Unterschied besteht für uns nur darin, dass die Schweiz der Sechser-Gemeinschaft nicht angehört - und daher auch keine Verantwortung für das in ihr vertretene Gedankengut zu übernehmen hat -, wohl aber dem Europarat.

Damit komme ich zum Schluss meiner einleitenden Bemerkungen. Sie münden in eine Anzahl Fragen aus, die einerseits die Beurteilung der Zukunft der westlichen Welt überhaupt betreffen, andererseits die Beziehungen der Schweiz zu dieser Welt.

Für den allgemeinen Ausblick zunächst ist wohl die erste und wichtigste Frage diejenige nach dem Verhältnis zwischen Ideologie und Wirklichkeit. Dabei soll, in historischer Sicht, die Bedeutung weder des einen noch des andern Elementes herabgesetzt werden. Gewiss wäre der Fortschritt in der Welt nicht denkbar ohne die Macht der Ideen, und ebenso gewiss wird kein praktischer Staatsmann in der Durchsetzung seiner Ideen je darum herumkommen, dem Gewicht der realen Tatsachen Rechnung zu tragen. Dies gilt auch für die uns hier beschäftigenden Zusammenhänge.

So verstanden stellen sich etwa die folgenden Einzelfragen:

- Ist es richtig anzunehmen, dass die Zusammenarbeit in der westlichen Welt nur auf Grund der Zwei-Pfeiler-Theorie wirksam entwickelt werden kann, d.h. nur unter der Voraussetzung

- 13 -

- einer Einigung Europas möglich ist ?
- Wenn diese Frage zu verneinen ist: Kann man sich umgekehrt eine Partnerschaft zwischen Amerika und Europa denken, ohne dass zwischen den europäischen Ländern Bindungen hergestellt werden, die enger sind als diejenigen zwischen Europa und Amerika ?
  - Wenn man die Notwendigkeit derartiger engerer Bindungen bejaht: Welche andere Form als die von Jean Monnet und seinen Anhängern entwickelte sogenannte institutionelle Integration können sie annehmen ?
  - Welche Beziehung besteht zwischen der Gestaltung des Verhältnisses zwischen den freien europäischen Ländern und Amerika einerseits, und andererseits den Bestrebungen nach Milderung der Spannungen und einem schliesslichen Ausgleich mit den Ländern Osteuropas ?

Dies sind nur einige wenige Fragen; sie könnten mühelos vermehrt werden.

#### Nun zum Verhältnis der Schweiz zur westlichen Welt.

Hier ist zunächst zu wiederholen, dass über die Bewahrung unserer innerstaatlichen Struktur und die Aufrechterhaltung unserer Unabhängigkeit und Neutralität keine Diskussion möglich ist. Da aber die schweizerische Aussenpolitik, der Macht der Umstände sowohl als unserer eigenen Neigung folgend, in eine aktive Phase getreten ist - wir die Neutralität mit der Solidarität verbinden, um das bekannte Losungswort zu erwähnen -, stellt sich die Frage, ob wir nicht auch zur Entwicklung der westlichen Zusammenarbeit unsere eigenen Auffassungen beisteuern und sie aktiv vertreten wollen und sollen. In der Vorbereitungsphase der Assoziationsverhandlungen mit der EWG, die nun fürs erste nicht stattfinden werden, nahmen wir notgedrungen eine defensive Haltung ein. Die vom Bundesrat am 24. September 1962 in Brüssel abgegebene Erklä-

- 14 -

rung legt dafür Zeugnis ab. Die Konstellation, in der wir unsern Assoziationswunsch vorzutragen hatten, war unabänderlich gegeben und unserer Beeinflussung entzogen. Die allgemeine Lage im europäischen und atlantischen Feld ist seither sehr viel flüssiger geworden. Politische Kräfte gegensätzlichster Art machen sich geltend und werden schliesslich die Wirklichkeit auf einem Gebiet bestimmen, das in mehr als einer Hinsicht auch für uns von Bedeutung ist.

Soweit es um wirtschaftliche Probleme geht, ist es selbstverständlich, dass wir unsere Interessen, wie stets, aktiv vertreten. Ich erinnere an unsere Wirksamkeit in der OECE, an die Gründung der EFTA, an unsere intensive Teilnahme an den Vorbereitungen zur Kennedy-Runde. Ebenso selbstverständlich ist es auf der andern Seite, dass wir uns als neutraler Kleinstaat nicht in die Auseinandersetzungen der grossen Politik einmischen. Doch es gibt - und gerade die Tätigkeit des Europarates zeigt es - mannigfache Probleme allgemeiner Art, die gleichzeitig verschiedene Aspekte, politische, wirtschaftliche, kulturelle, technische und noch andere, aufweisen, und zu denen wir eine Meinung sehr wohl haben und vielleicht auch äussern dürfen. Es würde mir z.B. nicht von vornherein als ausgeschlossen erscheinen, dass die schweizerischen Vertreter zu den Thesen des Europarates über die atlantische Partnerschaft eine eigene, schweizerische Konzeption vortragen.

Es geht in diesen wie in den andern Zusammenhängen, die unsere Gruppe beschäftigten, im Grunde immer um dieselbe Frage. Es geht um die Stellung unseres Landes in der Welt, um die Möglichkeiten und Grenzen seiner Wirksamkeit. Zu zeigen, dass diese Frage besonders brennend ist, wenn es sich um die Zukunft jenes Weltteils handelt, den man früher das "christliche Abendland" nannte, war das Ziel meiner Ausführungen.